

Rede im Landtag

Es gilt das gesprochene Wort!



19.03.2015

André Kuper MdL,

Bürgermeister a.D.
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

der 15. Januar 2015 – für 23 NRW-Kommunen wird dieser Tag wohl länger im Gedächtnis bleiben. Denn mit der Entscheidung der Schweizer Nationalbank und der daraus folgenden weiteren Aufwertung des Schweizer Franken droht zum wiederholten Male ein enormer Verlust in den kommunalen Haushalten. Verlustpotential vor allem in NRW! - Wir werden bei rund 1,4 Milliarden Euro Krediten in fremden Währung in NRW mit Gesamtverlusten in dreistelliger Millionenhöhe rechnen müssen.

Allein die Stadt Bochum hat ein Verlustrisiko von mehr als 70 Millionen Euro. Die Stadt Gladbeck hat mehr als ein Drittel ihrer Kassenkredite als Schweizer-Franken-Kredite abgeschlossen. Dort in Gladbeck will man sich nicht von den Krediten trennen, sondern setzt auf das Prinzip Hoffnung, im Gegensatz zu anderen Städten, die sehr wohl die Gefahren und Risiken sehen, wenn man jetzt nichts macht. In den meisten Kommunen setzt sich langsam die

Erkenntnis durch, dass die derzeitigen Buchverluste über kurz oder lang zu echten und realen Verlusten führen werden.

Spätestens seit der Welt- und Finanzwirtschaftskrise (2009) und der EZB-Griechenlandkrise ist die Finanzwelt nicht mehr so stabil wie früher. Darauf muss in unseren Kommunen und mit einer neuen Rahmenvorgabe des Landes reagiert werden.

Ich habe heute kein Verständnis mehr dafür, wenn Kommunen mit dem Geld ihrer Bürger spekulieren.

Fremdwährungskredite weisen heute ein erhebliches Risiko auf, vor allem wenn die Risiken nicht abgesichert sind, was leider in vielen Kommunen der Fall ist. Andernfalls hätte sich diese Art der Kreditfinanzierung oftmals nicht gerechnet.

Aber es stellt sich auch die Frage: Warum lassen das Ministerium und die Kommunalaufsicht solche spekulativen Geschäfte überhaupt zu?

Erst die Millionen-Verluste

- aus sog. "sale and lease back" bzw. "crossboarder leasing"
- dann einige Jahre später aus Swap-Geschäften
- und jetzt diesem SF-Wechselkursdebakel

Zum dritten Male müssen wir Millionenverluste bei Kommunen verbuchen. Der Innenminister ist gefragt zu reagieren!

Das Land hat diese Art der Kreditaufnahme und Geschäfte über viele Jahre zugelassen und früher nicht einmal die Absicherungen eingefordert. Der zwischenzeitlich mehrfach nachgebesserte Krediterlass reicht heute angesichts der Dimension der Buchverluste nicht mehr aus.

Wir wollen dass das Innenministerium seine Schutzfunktion gegenüber den Städten und Gemeinden und gegenüber den Steuerzahlern ausfüllt und solche Risiken aus Fremdwährungsgeschäften durch Rahmenvorgaben und Schadensbegrenzung für die Kommunen regelt! Durch diesen GE wird auch nicht die kommunale Selbstverwaltung in Frage gestellt. Aber es kann nicht sein, dass beispielsweise Millionen für den Stärkungspakt vom Land oder von den Kommunal-Solizahlern letztlich durch solche Spekulationsgeschäfte in kürzester Zeit zunichte gemacht werden.

Daher halten wir es für die Pflicht des Landes, wie in anderen Bundesländern (NS, Hessen) hier endlich tätig zu werden und Spekulationsgeschäfte ausdrücklich gesetzlich zu verbieten. Wir wollen grds. nur noch Kreditaufnahmen in Euro zulassen – alles andere muss konkret abgesichert und genehmigt werden. Kommen Sie Ihrer Obhutspflicht und Finanzverantwortung nach, sonst sind Sie für alle Folgeschäden mitverantwortlich.